



demokratische
initiative
paderborn

DIP

Herrn Bürgermeister
Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Ratsfraktion

Reinhard Borgmeier
B-Köthenbürger-Str. 63
Tel. 05251/27305
Mobil: 0170/9621539
r.borgmeier@t-online.de

23.05.2016

per e-mail

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dreier,

bitten setzen Sie folgenden Antrag meiner Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt schließt sich der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zu TTIP u.a. sog. Freihandelsabkommen (vgl. Gemeinsames Positionspapier von kommunalen Spitzenverbänden und VKU vom 01.10.2014) an und fordert die Bundesregierung sowie die Verhandlungsführer auf, nun endlich die versprochene Transparenz über die Verhandlungen herzustellen und mindestens Vertreter aus dem Städte- und Gemeindebund stimmberechtigt an den Verhandlungen zu beteiligen.

Begründung

Die bisherige Geheimdiplomatie muss beendet werden, da sie demokratische Kontrolle unterläuft und unmöglich macht. Die Folge sind "geleakte" (Teil-) Veröffentlichungen, Spekulationen und Verhinderung demokratischer Aufklärung und Diskurse.

Die zugesagte Transparenz ist bisher nicht eingehalten. Zwar dürfen die Bundestagsabgeordneten (MdB) und die EU-Parlamentarier in einem kleinen Raum unter Aufsicht über 2 h die viele 1000 Seiten starken Dokument lesen, aber sich keine Notizen und Kopien machen und anschließend auch mit niemandem darüber reden.

Anton Hofreiter, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen berichtete im April auf der großen Demonstration gegen TTIP in Hannover: "Ich habe Einsicht nehmen können die Dokumente. Die Inhalte sind schlimmer als ich es je befürchtet hatte." Ähnlich titelt die FR nach dem Dokumenten-Leak, über das vermutlich auch nur Ausschnitte bekannt geworden sind.

Die Auswirkungen auf die kommunale Souveränität und Selbstbestimmung der in Rede stehenden Freihandelsabkommen sind gravierend. Deshalb ist es sinnvoll, wenn sich

Sparkasse Paderborn • Kontonummer DE74 4765 01300 03300 9655

www.di-paderborn.de

demokratische initiative
paderborn

möglichst viele Kommunen dem Positionspapier vom DstGB, VKU und Deutschem Landkreistag anschließen.

Der Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages vertritt zwar die Auffassung, dass „Freihandelsabkommen keine Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Sinne des Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG“ darstellen. Es sei „auch nicht ersichtlich, dass die Abkommen bestimmte Gemeinden im Vergleich zu anderen in herausgehobener Weise und damit ´in spezifischer Weise ortsbezogen´ betreffen würden.“ Daher dürfe „auch der Gemeinderat als Verwaltungsorgan der Gemeinde weder Beschlüsse hierzu [= zum Freihandelsabkommen] fassen, noch sich überhaupt mit dem Abkommen befassen.“ (vgl. Befassungs- und Beschlusskompetenz des Gemeinderates und Kreistages im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen, 5.12.2014)

Fakt ist jedoch, dass die Freihandelsabkommen Möglichkeiten schaffen, massiv in die Bereiche des gemeindlichen Zusammenlebens einzugreifen. Es besteht die Befürchtung, „dass mögliche Rekommunalisierungen von Daseinsvorsorgeeinrichtungen [...] künftig ausgeschlossen und damit kommunale Handlungsspielräume auch konkret vor Ort beschränkt werden.“ Das belegt, „dass zumindest mit Blick auf die kommunale Daseinsvorsorge durchaus ein örtlicher Bezug herstellbar ist.“ (vgl. briefliche Stellungnahme des Deutschen Landkreistages an Peter Ramsauer und den Ausschuss für Wirtschaft und Energie des BT vom 11.3.2015)

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Borgmeier
- Fraktionsvorsitzender

Anlage: Gemeinsames Positionspapier von kommunalen Spitzenverbänden und VKU vom 1.10.2014